



Das französische Verbraucherschutzsystem



Centre Européen de la Consommation
Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.

INHALT

Vorwort	3
I. Das französische Verbraucherschutzsystem - ein Modell unter staatlicher Aufsicht	4
+ Eine Marktaufsichts- und Durchsetzungsbehörde: Die Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes (DGCCRF)	4
+ Marktaufsicht als Regulierungs- und Wettbewerbsbehörde	5
+ Die Folgemaßnahmen: eine an die Schwere der festgestellten Anomalien angepasste Palette an Instrumenten	6
+ Information und Beratung: Eine für Verbraucher direkt zugängliche Behörde	9
+ Wichtige Zahlen 2021	9
+ Strategie	10
+ Organisation der DGCCRF	10
+ Kollektive Rechtsdurchsetzung	12
II. Beratungsgremien	13
+ Le Conseil National de la Consommation (CNC) (Nationaler Verbraucherrat)	13
+ La Commission des clauses abusives (Kommission für missbräuchliche Klauseln)	13
+ La Commission de la médiation de la consommation (Kommission für Mediation in Verbraucherangelegenheiten)	13
III. Akteure im französischen Verbraucherschutzsystem	14
+ L'Institut National de la Consommation (INC)	14
+ Les Centres Techniques Régionaux de la Consommation (Fachliche Unterstützung der Verbraucherverbände auf Regionalebene)	15
+ Les associations de consommateurs agréées (die zugelassenen Verbraucherschutzorganisationen)	15
IV. Gerichtliche Durchsetzung von Verbraucherinteressen durch die französischen Verbraucherschutzorganisationen	16
V. Finanzierung	17
Weiterführende Links	18



VORWORT

Das französische Verbraucherschutzsystem ist von zentralstaatlichen Akteuren und einer großen Anzahl von Verbraucherschutzorganisationen geprägt – und unterscheidet sich somit grundlegend vom deutschen System mit seinen föderal strukturierten Verbraucherinstitutionen.

Es lohnt sich besonders, einen Blick auf die Unterschiede in der Gesetzgebung und auf die ministerielle Zuständigkeit auf Bundes- bzw. nationaler Ebene zu werfen. Anders als in Deutschland, wo verbraucherschutzrechtliche Vorschriften in zahlreiche Gesetze wie dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb aufgesplittert wurden, fasste der französische Gesetzgeber nahezu die gesamte Verbrauchergesetzgebung in einem eigenständigen Gesetzbuch, dem „Code de la consommation“, einheitlich zusammen.

Das französische Recht hat die Besonderheit, strafrechtliche Sanktionen bei Verstößen gegen geltendes Recht zu verhängen. Dies trifft vor allem bei Betrug, Produktfälschungen, irre-

führender Werbung oder auch bei Nichtbeachtung der geltenden Regeln im Bereich der Kreditverträge zu. Für die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen geltendes Verbraucherrecht ist die Einbeziehung nationaler Behörden unerlässlich, da es diesen obliegt, für den Verbraucherschutz und die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften zu sorgen.

So befähigt der „Code de la consommation“ die beim französischen Wirtschaftsministerium angesiedelte Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes – DGCCRF (Generaldirektion Wettbewerb, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung) dazu, Unternehmen wegen ihrer Verstöße gegen verbraucherschutzrechtliche Vorschriften im Rahmen eines kontradiktorischen Verfahrens abzumahnend oder die Gerichtsbarkeit anzurufen. In Deutschland spielen hingegen private Akteure wie der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) und die Verbraucherzentralen der Länder eine wichtige Rolle: Sie sind etwa dazu berechtigt, Abmahnungen gegen Unternehmen auszusprechen (siehe auch die Ausführungen zum CPC-Net).

I. DAS FRANZÖSISCHE VERBRAUCHER-SCHUTZSYSTEM - EIN MODELL UNTER STAATLICHER AUFSICHT

Die Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes (DGCCRF)

Eine Marktaufsichts- und Durchsetzungsbehörde

Das französische Verbraucherschutzsystem unterscheidet sich vom deutschen grundlegend in der Art, den wirtschaftlichen Rechten der Verbraucher Geltung zu verschaffen. In Deutschland obliegt die Rechtsdurchsetzung im Verbraucher- und Wettbewerbsrecht zivilrechtlich den Mitbewerbern, privaten Verbänden zur Förderung gewerblicher oder selbständiger beruflicher Interessen und den qualifizierten Einrichtungen wie insbesondere den Verbraucherzentralen. Das französische Verbraucherrecht hingegen verfolgt in Bezug auf Sanktionsmöglichkeiten den Ansatz einer hauptsächlich staatlichen Durchsetzung, weswegen Verbraucher bzw. Mitbewerber ihre Rechte nicht unbedingt selbständig geltend machen müssen.

Die DGCCRF trägt zur Gestaltung und Umsetzung der französischen Wirtschaftspolitik bei, indem sie für das reibungslose Funktionieren der

Märkte sorgt, zum Nutzen der Verbraucher und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Aufgabe der DGCCRF ist es somit, wirtschaftliche Interessen und den Schutz der Verbraucher in Einklang zu bringen. Ausgehend von dem Gedanken, dass sich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit positiv auf den Wettbewerb auswirkt und somit auch Verbrauchern zum Nutzen gereicht, obliegt es der DGCCRF für eine sichere Marktstätigkeit sowie für Markttransparenz zu sorgen, um so einen lauterer Handel auch für die Verbraucher zu gewährleisten. Somit ist die DGCCRF für die Einhaltung der Wettbewerbsregeln, für den wirtschaftlichen Schutz der Verbraucher sowie für die Sicherheit und Konformität von Produkten und Dienstleistungen zuständig.

Als nationale Überwachungsbehörde wird die DGCCRF tätig:

- + in allen Bereichen des Verbraucherschutzes (Lebensmittel, Konsumgüter, Dienstleistungen),
- + in allen Stadien wirtschaftlicher Aktivität (Produktion, Verarbeitung, Import, Vertrieb, einschließlich elektronischem Geschäftsverkehr).

Alle diese Aufgaben dienen dem Schutz der Verbraucher.

Marktaufsicht als Regulierungs- und Wettbewerbsbehörde

Die DGCCRF trägt dazu bei, die für einen lauter Wettbewerb förderlichen Maßnahmen festzulegen und durchzusetzen, womit sie auch die Kaufkraft der Verbraucher fördert.

Dank ihrer Präsenz vor Ort geht sie gemeinsam mit der Wettbewerbsbehörde („Autorité de la concurrence“) gegen wettbewerbswidrige Praktiken vor (unerlaubte Absprachen und Missbrauch von marktbeherrschender Stellungen).

Die Handlungsmöglichkeiten der DGCCRF

Dank spezifischer Ermittlungsbefugnisse, suchen und stellen die Ermittler der DGCCRF Verstöße und Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbs- und Verbraucherrecht fest. Die Modalitäten des Eingreifens der DGCCRF passen sich den Besonderheiten der Wirtschaftssektoren, den Erwartungen der Verbraucher und der Vielfalt der Geschäftspraktiken an.

Die Ermittlungsbefugnisse der Beamten

Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, verfügen die Ermittler der DGCCRF über einfache Ermittlungsbefugnisse, die es ihnen ermöglichen, sich Zugang zu den nötigen Informationen zu verschaffen, um ein Fehlverhalten oder einen Verstoß feststellen zu können (z. B. Zugang zu den Räumlichkeiten eines Unternehmens, Sammlung von Dokumenten, die für die Ermittlungen relevant sind, Recht auf Vorladung, Entnahme von Proben zur Analyse usw.).

Wenn diese einfachen Befugnisse nicht ausreichen, kann die DGCCRF dann den Richter um die Genehmigung ersuchen, von folgenden

außerordentlichen Befugnissen Gebrauch zu machen (Durchsuchungsbefugnisse). Diese können insbesondere eingesetzt werden, wenn die Umstände ein Eingreifen in ein oder mehrere Unternehmen erfordern, um das Verschwinden oder die Verheimlichung von Beweisen zu verhindern. Die Ermittler können dann alle Gegenstände, Dokumente, Unterlagen und (auch digitale) Datenträger beschlagnahmen, die für die Zwecke der Ermittlungen nützlich sind.

Mit Inkrafttreten der „Loi consommation“ vom 17. März 2014 sind die Befugnisse der Beamten erweitert worden:

- + Identitätskontrolle der zu überprüfenden Person,
- + „Mystery-Shopping“: Der Beamte kann zum Zweck der Kontrolle seine Identität geheim halten bzw. im Internet sogar eine falsche Identität verwenden,
- + Hinzuziehung von Experten,
- + Unterbindung einer nachweislich missbräuchlichen Klausel: Dies kann sich rückwirkend auf alle identischen Verträge auswirken, die der Unternehmer bereits mit Verbrauchern geschlossen hat,
- + Verhängen eines Zahlungsverbots für Online-Händler: Die Beamten sind nun auch befugt, gegenüber Online-Händlern Zahlungsverbote für zwei Monate oder länger zu verhängen, wenn ein Unternehmer erwiesenermaßen nicht in der Lage ist, bereits bezahlte Produkte oder Dienstleistungen zu liefern bzw. zu erbringen. Das heißt, der Unternehmer kann keine Zahlungen mehr für Bestellungen entgegennehmen und muss die Kunden über dieses Verbot informieren.

Außerdem kann die DGCCRF nun auch die Gerichtsbarkeit anrufen, um gegen illegale Internet-Inhalte vorzugehen.



Die Folgemaßnahmen: eine an die Schwere der festgestellten Anomalien angepasste Palette an Instrumenten

Die Ermittlungsbehörde entscheidet darüber, wie sie weiter vorgeht, je nach Schwere des festgestellten illegalen Verhaltens. Diese Folgemaßnahmen können sein

- + pädagogisch: Es handelt sich um Warnungen, die den Unternehmen übermittelt werden, um sie über die Feststellung eines geringfügigen Verstoßes zu informieren. Dies ist auch der Fall, wenn es sich um eine geringfügige Verletzung handelt, die auf eine Unkenntnis des Rechts seitens des Unternehmens oder einer Nachlässigkeit in seiner Anwendung zurückzuführen sind.
- + Korrekturmaßnahmen: Diese Maßnahmen zielen darauf ab, von dem kontrollierten Unternehmen die Einhaltung der Vorschriften zu fordern und die Unterbindung von rechtswidrigem oder gefährlichem Verhalten zu gewährleisten. Hierzu erlässt die Behörde Anordnungen („injonctions“) zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustands oder andere verwaltungspolizeiliche Maßnahmen, (Rücknahme, Rückruf, Aussetzung der Tätigkeit oder der Vermarktung eines Produkts).

- + repressiv: Es kann sich um administrative Geldbußen für Verstöße oder die Nichtbefolgung von Anordnungen, Vorladungen vor den Zivilgerichten zur Einstellung der Praxis, oder z. B. Protokolle, die an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden, um strafrechtliche Sanktionen (Geld- oder Freiheitsstrafe) zu erwirken, handeln.

Bei bestimmten Verstößen kann ein Vergleich im Rahmen eines Straf- oder Verwaltungsverfahrens angeboten werden.

Die von der DGCCRF verhängten Sanktionen können von Werbung begleitet werden, eine Maßnahme, die das Markenimage berührt, und daher besonders abschreckend wirkt.

Das Gesetz für einen Staat im Dienste einer von Vertrauen geprägten Gesellschaft („La loi pour un État au service d’une société de confiance - Essoc - 2018“), sieht im Übrigen das Recht auf Fehler und Regularisierung ohne Strafe vor, für Unternehmen, die in gutem Glauben eine Vorschrift missachtet haben (es sei denn, der Verstoß betrifft die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher oder die Umwelt, das EU-Recht oder ist mit einer gerichtlichen Strafe belegt).

Neue Befugnisse für eine bessere Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet

Das Gesetz DDADUE vom 3. Dezember 2020 verlieh der DGCCRF neue Befugnisse zur Bekämpfung von illegalen Inhalten im Internet. Sie kann nun, nach einer Anordnung zur Herstellung des rechtmäßigen Zustands, die Veröffentlichung einer Verbraucherwarnung auf der untersuchten Website anordnen oder, bei Verstößen gegen das Urheberrecht, die Veröffentlichung eines Warnhinweises anordnen.

Bei schwerwiegenden Verstößen, kann die DGCCRF die Dereferenzierung/Auslistung der Website oder die Sperrung des Domainnamens anordnen.

Ihre Ermittlungsbehörden setzten diese neuen Befugnisse 2021 zum ersten Mal ein, um den wirtschaftlichen und physischen Schutz der Verbraucher zu gewährleisten. So wurde auf Beschluss der DGCCRF, die Website „wish.com“ und ihre App aus Suchmaschinen und Stores entfernt, nach einer Untersuchung wegen Irreführung über die Eigenschaften und wesentlichen Merkmale der vertriebenen Produkte. Diese Maßnahme, die nach dem Scheitern einer administrativen Anordnung ergriffen wurde, ist eine Premiere in Europa bei einem der größten Onlinehändler der Welt.

Gegen andere E-Commerce-Websites wurden bereits Maßnahmen wegen ähnlicher irreführender Geschäftspraktiken erlassen.

Diese neuen Befugnisse stärken die Wirksamkeit der DGCCRF in Bezug auf unlautere Praktiken im Internet durch bestimmte Gewerbetreibende,

insbesondere solche, die vom Ausland aus operieren und sich weigern, sich an die französischen und europäischen Vorschriften zu halten. Sie ermöglichen die schnelle Beendigung einer Störung der öffentlichen wirtschaftlichen Ordnung, ergänzend zu den verwaltungs- oder strafrechtlichen Folgemaßnahmen, die ermöglichen, Sanktionen zu verhängen und in bestimmten Fällen Schadenersatz zu erwirken.

Die Entwicklung der Beschlagnahme und des strafrechtlichen Vergleichs

Um eine reibungslose und effiziente Bearbeitung von Verstößen im Bereich des Strafrechts zu gewährleisten, hat die DGCCRF für das Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Aufschwung mit der Direction des Affaires Criminelles et des Grâces (DACG) für das Justizministerium, eine gemeinsame „Circulaire“ unterschrieben. Diese wird es ermöglichen, die strafrechtlichen Folgemaßnahmen besser aufeinander abzustimmen: Alternativen zur Strafverfolgung, Befugnisse der Beamten der DGCCRF, Beschlagnahme und Strafvollzug.

Die strafrechtliche Beschlagnahme gewährleistet nach Abschluss der Ermittlungen der DGCCRF ausgesprochenen Einziehungen/Beschlagnahmungen (direkte Erträge aus der Straftat, Vermögen, die mit den Erträgen aus der Straftat erworben wurden, Material, das die Straftat ermöglicht). Sie erleichtert die Wiedergutmachung des Schadens, insbesondere wenn die fraglichen Praktiken zahlreiche Opfer betreffen.

Der Strafvergleich ermöglicht eine schnelle Abwicklung von Verstößen, die von den betroffenen Unternehmen nicht bestritten werden.

Seine Durchführung und Überwachung obliegt der DGCCRF unter der Aufsicht der Staatsanwaltschaft. Sie ermöglicht Sanktionen, die im Verhältnis zur Schwere und den Auswirkungen der Praktiken stehen.

Neben der Verhängung einer hohen Geldstrafe kann der Vergleich auch folgende Maßnahmen beinhalten: Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder auch die Festlegung von Modalitäten für die Entschädigung der Opfer.

Anders als die Strafverfolgung führt der Vergleich nicht zu einem Eintrag im Strafregister.

Verbesserte Möglichkeiten zur Bekanntmachung von Unterlassungsanordnungen

Ein am 30.12.2022 veröffentlichtes Dekret, das zur Umsetzung des Gesetzes vom 16. August 2022 über Sofortmaßnahmen zum Schutz der Kaufkraft erlassen wurde, ermöglicht es der DGCCRF, ihre Kommunikation über ihre Unterlassungsmaßnahmen zu verstärken.

Um die abschreckende Wirkung der von der DGCCRF nach ihren Kontrollen ergriffenen Maßnahmen zu verstärken, kann die DGCCRF bei Verwaltungssanktionen bereits auf die Veröffentlichung der Identität der bestraften Unternehmen („name and shame“) zurückgreifen. Durch das am 30.12.2022 veröffentlichte Dekret, zur Umsetzung des Gesetzes vom 16. August 2022 über Sofortmaßnahmen zum Schutz der Kaufkraft, wurden die Möglichkeiten der DGCCRF zur Bekanntgabe von Verwaltungsanordnungen erweitert.

Die von der DGCCRF ergriffenen Anordnungen haben einen korrektiven Zweck, um eine rechtswidrige Praxis innerhalb einer kurzen Frist abzustellen. Sie bestehen beispielsweise darin, einen Gewerbetreibenden anzuweisen, ein rechtswidriges Verhalten einzustellen, die Vorschriften einzuhalten oder eine rechtswidrige Klausel zu streichen. Sie ergänzen verwaltungsrechtliche Sanktionen oder strafrechtliche Verfahren, die zu finanziellen Sanktionen oder sogar zu Haftstrafen führen können.

Die Veröffentlichung von Anordnungen ist nunmehr im gesamten Tätigkeitsbereich der DGCCRF möglich, sei es im Kampf gegen wettbewerbsbeschränkende Praktiken (Streichung einer Klausel, die ein erhebliches Ungleichgewicht schafft) oder im Bereich des Verbraucherschutzes (Beendigung einer irreführenden Geschäftspraxis, Informationspflichten usw.).

Die Modalitäten der Bekanntmachung von Unterlassungsanordnungen werden ebenfalls verstärkt: Sie können in Form einer Pressemitteilung erfolgen, in der die Öffentlichkeit über die Gründe und den Inhalt der Anordnung informiert wird, eine Botschaft zur Sensibilisierung für die festgestellten Praktiken enthalten und in verschiedenen Medien (Presse, Aushänge in Geschäften, Internet und sozialen Netzwerken) auf Kosten des Gewerbetreibenden, gegen den die Anordnung ergeht, angeordnet werden.

Schließlich kann die DGCCRF im Rahmen ihrer Befugnisse zur „digitalen Requisition“ anordnen, dass gesperrte betrügerische Websites auf eine Seite weitergeleitet werden, auf der die Verbraucher über den Grund der Sperrung informiert werden.

Information und Beratung: Eine für Verbraucher direkt zugängliche Behörde

Die DGCCRF steht Verbrauchern unmittelbar als Ansprechpartner zur Verfügung;

Online: www.economie.gouv.fr/dgccrf

Auf ihrer Website bietet die DGCCRF eine Vielzahl von Informationen, Informationsmaterial sowie aktuelle Hinweise und Warnungen als auch Neuigkeiten aus unterschiedlichen Bereichen des Verbraucherschutzes.

Die DGCCRF kann von den Verbrauchern wie folgt kontaktiert werden:

Via signal.conso.gouv.fr, der Plattform, die es Verbrauchern ermöglicht, in wenigen Schritten und wenigen Klicks die Behörde auf ein be-

stimmtes Unternehmen aufmerksam zu machen und ggf. eine direkte Reaktion des Unternehmens zu erreichen oder RéponseConso: sollten VerbraucherInnen beim Kauf auf Schwierigkeiten stoßen oder vor dem Kauf eine Frage zu ihren Rechten haben, können sie direkt die DGCCRF um Antwort bitten.

RappelConso: Die zentrale Website mehrerer Behörden für Warnungen vor gefährlichen Produkten.

Im Falle eines Produktrückrufs, der für einen Endverbraucher bestimmt ist, müssen die Gewerbetreibenden diesen auf der Website RappelConso melden.

Verbraucher können diese Produktrückrufe auf der Seite RappelConso einsehen.

Wichtige Zahlen 2021



133 277

durchgeführte Kontrollen

(144 105 im Jahr 2020)



24 830

Warnungen



4061

Strafsachen



in 91 209

**besuchten Betrieben inkl.
Internetseiten**

(94 276 im Jahr 2020)



7 875

**einstweilige
Verfügungen**



1 328

**administrative
Geldstrafen für einen
Betrag in Höhe von
38.5 Mio. €**

Weitere Details
im Jahresbericht
der DGCCRF
[Rapport d'activité 2021 de la DGCCRF, Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes \(economie.gouv.fr\)](#)

Strategie

Jedes Jahr wird das Aktionsprogramm der DGCCRF anhand eines „Fahrplans“, der sog. nationalen Orientierungsrichtlinie festgelegt. Diese bettet sich ein in einen mehrjährigen Strategieplan.

Der Strategieplan 2020-2025 wurde 2019 konzipiert, um die DGCCRF zur führenden Behörde in Europa zu machen.

Zum Schutz der Verbraucher und Unternehmen baut der Strategieplan auf vier starken Orientierungen auf:

- + Stärkung des Kerngeschäfts der DGCCRF: Ermittlungen im Dienste der Betrugsbekämpfung und der öffentlichen wirtschaftlichen Ordnung;
- + Konzentration auf die wichtigsten Herausforderungen neuer Geschäftsmodelle und neu auftretender Risiken;
- + Erneuerung der Beziehung zu Verbrauchern und Unternehmen;
- + Maximierung der Wirkung der Maßnahmen durch erneuerte Instrumente und eine neue Organisation.

Das jährliche Ermittlungsprogramm („programme national d'enquêtes – PNE“) dekliniert die strategischen Leitlinien der DGCCRF. Es integriert Verbraucherbeschwerden, ministerielle Erwartungen und die Ergebnisse der Konsultationen mit den Partnern der DGCCRF.

Es beruht auf einer Analyse der Risiken und der Herausforderungen der Marktregulierung und des Verbraucherschutzes unter Einbeziehung neu auftretender Problematiken, die von

Verbrauchern und Fachleuten geäußerten Bedenken, Entwicklungen, gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen und der Auswertung von früheren Untersuchungen.

Der PNE stellt somit auch den „Fahrplan“ der territorialen Dienststellen im Einklang mit den regionalen wirtschaftlichen Herausforderungen und örtlichen Gegebenheiten dar.

Organisation der DGCCRF

Die DGCCRF ist präsent in den 18 Metropolregionen und ultramarinen Gebieten und den 101 Departements Frankreichs.

Die DGCCRF zählt 2 912 Bedienstete, Davon sind 1.777 Ermittler der Verwaltung in der Zentrale in Paris und den dezentralisierten Dienststellen zugeordnet.

ZENTRALVERWALTUNG

- » Trägt zur Gestaltung der öffentlichen Politik im Bereich Wettbewerb und Verbraucherschutz und zu deren Relevanz im Hinblick auf die Praktiken der Marktteilnehmer bei.
- » Setzt Prioritäten, steuert und koordiniert Untersuchungen und Kontrollen.
- » Setzt die Leitlinien für Ermittlungen und Sanktionen.
- » Stellt die Zusammenarbeit mit anderen Regulierungsbehörden sicher, sektorspezifisch und auf EU-Ebene (z. B. im Rahmen des CPC Netzwerkes).
- » Informiert und begleitet Verbraucher und Unternehmen.



NATIONALER DIENST DER ERHEBUNGEN („SERVICE NATIONAL DES ENQUÊTES - SNE“)

- » Erhebungen und Untersuchungen von nationaler Bedeutung, mit explorativem Ziel oder die besondere Fachkenntnisse oder Kontrollen im gesamten Staatsgebiet erfordern.

GEMEINSAMER SERVICE DER LABORE

Einheit mit Pariser Leitung und 11 Laboren, die über das gesamte Staatsgebiet verteilt sind.

- » Produktanalyse, Gutachten, Wissenschaftliche und technische Unterstützung, Studien und angewandte Forschung.

Gemeinsam mit der Generaldirektion für Zoll und indirekte Steuern (DGDDI).

NATIONALE SCHULE DER DGCCRF

- » Erstausbildung und Weiterbildung der Beamten.

DGCCRF RéponseConso: Abteilung, die für direkte Antworten an Verbraucher zuständig ist.

C-POLE DER DR-I-EETS UND DEETS

Regionale Direktionen für Wirtschaft, Beschäftigung, Arbeit und Solidarität („Directions régionales de l'économie, de l'emploi, du travail et des solidarités; Drieets in Ile-de-France. Deets in Übersee“).

- » Steuerung und Unterstützung von Erhebungen.
- » Unterstützung bei der Durchführung von Ermittlungen auf regionaler Ebene.

Im Bereich Datenschutz arbeitet die DGCCRF eng mit der „Commission Nationale Informatique et Libertés (CNIL)“, der französischen Datenschutzbehörde, zusammen.

Weitere
Abteilungen
sind im Jahres-
bericht 2021
der DGCCRF
ersichtlich.



Kollektive Rechtsdurchsetzung

Behördenkooperation zum Schutz der Verbraucher

Seit der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 arbeiten die in der EU, Island, Norwegen und Lichtenstein zuständigen Behörden für Verbraucherschutz in einem Netzwerk, dem sog. Consumer Protection Cooperation Network („CPC-Net“), zusammen. Das Vorgehen des CPC-Nets dient der Wahrung kollektiver Verbraucherinteressen, indem gegen Verstöße, die ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat als dem Wohnsitzstaat des Verbrauchers begeht, vorgegangen wird.

Während in Deutschland das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Rolle der zentralen Verbindungsstelle wahrnimmt, übernimmt diese Rolle in Frankreich die DGCCRF.

Die zentrale Verbindungsstelle des Staats, in dem das jeweilige Unternehmen seinen Sitz hat, hat zur Aufgabe, die Amtshilfeersuchen aus anderen Mitgliedstaaten an die in ihrem Land zuständige Behörde weiterzuleiten sowie die Ersuchen der Behörden ihres Landes an die im anderen Mitgliedstaat zuständige Verbindungsstelle weiterzuleiten.

Die zentralen Verbindungsstellen können aber auch selbst die zuständige Behörde sein. So nehmen sowohl das BVL als auch die DGCCRF diese Funktion wahr und sind in vielen Fällen zuständige Behörde für die grenzüberschreitende Durchsetzung von verbraucherschützenden Regeln.

Anders als in Deutschland, wo auch der vzbv und die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. für Ersuchen des CPC-Nets zuständig sind, sind in Frankreich keine privaten Akteure mit der Durchsetzung von Verbraucherinteressen im Rahmen des CPC-Nets beteiligt.

Um Verstöße gegen geltendes Verbraucherrecht im Kollektivinteresse der Verbraucher möglichst effizient und unter Wahrung der Geheimhaltungspflicht an die DGCCRF weiterleiten zu können, hat das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Frankreich, als eines der ersten EVZen, Ende 2010 ein Kooperationsprotokoll mit der DGCCRF unterschrieben.

II. BERATUNGSGREMIEN

Le Conseil National de la Consommation (CNC) (Nationaler Verbraucherrat)

Der CNC wurde im Jahr 1983 als paritätisch besetztes Beratungsgremium eingerichtet und untersteht dem für Verbraucherthemen zuständigen Staatssekretär. Der CNC setzt sich zusammen aus Vertretern der Verbraucherverbände, Berufsverbände sowie weiterer qualifizierter Mitglieder solcher Verbände wie bspw. eines Vertreters des Institut National de la Consommation. Der CNC nimmt Stellung zu künftigen Gesetzesentwürfen zur Verbraucherpolitik, auch solchen mit EU-Bezug.

La Commission des clauses abusives (Kommission für missbräuchliche Klauseln)

Ein weiteres Gremium ist die Kommission zur Prüfung missbräuchlicher Klauseln. Sie ist vom Staatssekretär für Verbraucherschutz beauftragt, Vertragsbedingungen zu überprüfen. Sie gibt generell Empfehlungen darüber ab, welche Klauseln sie als missbräuchlich erachtet. Ebenso kann sie auch in einem konkreten Gerichtsverfahren von einem Richter nach ihrer Einschätzung zu einer konkreten Klausel befragt werden.

Als weiterer Akteur ist die Direction Générale de la Compétitivité de l'Industrie et des Services zu nennen – DGCIS (Generaldirektion für Wettbewerbsfähigkeit), die eng mit dem EVZ Frankreich als Kontaktstelle für französische Verbraucher gemäß Artikel 21 der Dienstleistungsrichtlinie zusammenarbeitet.

Des Weiteren gibt es die Commission de la Sécurité des Consommateurs (Kommission für Verbrauchersicherheit), die zur Aufgabe hat, Empfehlungen bzgl. gefährdender Produkte und Dienstleistungen zu erteilen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Ebenso geht sie Warnmeldungen von dritter Seite nach.

La Commission de la médiation de la consommation (Kommission für Mediation in Verbraucherangelegenheiten)

Die Commission de la Médiation de la Consommation (Kommission für Mediation in Verbraucherangelegenheiten) hat zum Ziel, die außergerichtliche Schlichtung in Verbraucherangelegenheiten zu fördern und trägt zur Umsetzung der Richtlinie zur alternativen Streitbeilegung (ADR-Richtlinie) bei.

III. AKTEURE IM FRANZÖSISCHEN VERBAUCHERSCHUTZSYSTEM

L'Institut National de la Consommation (INC)

Das INC ist eine öffentliche Einrichtung, die der Aufsicht des Verbraucherschutzministeriums untersteht. Seine Aufgaben werden durch das Verbrauchergesetz („Code de la consommation“) geregelt:

- + Den 15 anerkannten Verbraucherschutzorganisationen sowie den oben genannten verschiedenen Gremien eine fachliche Unterstützung bieten.

Die Hauptaufgaben liegen in der Durchführung von Informations-, Aufklärungs-, Präventions-, Fortbildungskampagnen und der Verbraucherbildung. Letztere umfasst zum Beispiel:

- + Die Durchführung und das Erstellen von Vergleichstests bestimmter Produkte und Dienstleistungen, von Produkttests, von pädagogischen Hilfsmitteln und Merkblättern zu verbraucherrelevanten Themen,
- + Die Prüfung und Bewertung aller Materialien zu Verbraucherthemen, die von Unternehmen, Verbraucherschutzorganisationen und der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden,

- + Die Verbreitung von Informationen und die Durchführung von Aufklärungskampagnen unter Nutzung verschiedener Wege, Medien und Partner zu Themen wie dem fairen Handel, der Verhütung von Unfällen im Alltag, einem verantwortungsvollen Konsumverhalten, der Lebensmittelsicherheit und dem Finanzwesen,
- + Leitung zahlreicher Projekte, auch mit EU-Bezug,
- + Das Betreiben von Partnerschaften mit Verbraucherschutzorganisationen sowie öffentlichen und privaten Einrichtungen.

Das INC veröffentlicht und produziert:

- + Die Zeitschrift „60 millions de consommateurs“,
- + Das Fernsehprogramm „Consomag“,
- + Das für die breite Öffentlichkeit angelegte Internetportal www.conso.net,
- + Eine an Jugendliche gerichtete Website www.ctaconso.fr,
- + Prävention von Unfällen im Alltag www.inc-conso.fr,
- + Eine Website zum Thema „fairer Handel“ www.jeconsommeequitable.fr.

Les Centres Techniques Régionaux de la Consommation et assimilés (Fachliche Unterstützung der Verbraucherverbände auf Regionalebene)

In Frankreich existieren 13 Centres Techniques Régionaux de la Consommation (CTRC), Unions de CTCR oder Structure régionale assimilée (SRA). Die Hauptaufgabe der CTCR besteht darin, seine Mitglieder, die lokalen Verbraucherschutzorganisationen, deren Mitarbeiter auch ehrenamtlich tätig sind, fachlich bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ziel ist es, die Weiterentwicklung der Verbraucherschutzorganisationen zu erleichtern. Dies soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- + Rechtsberatung, Dokumentation,
- + Fort- und Weiterbildung,
- + Lokale Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen zur Aufklärung der Verbraucher über moderne Kommunikationsmittel wie Fernsehen, Radio, soziale Netzwerke usw. www.jeconsommeequitable.fr .

Les associations de consommateurs agréées (die zugelassenen Verbraucherschutzorganisationen)

Während sich der größte Teil der deutschen Verbraucherschutzorganisationen (42 Verbraucherschutzorganisationen, zu denen auch die 16 Verbraucherzentralen der Länder zählen und andere, auf bestimmte Sachgebiete spezialisierte Verbraucherschutzorganisationen wie der deutsche Mieterbund oder die deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft) in dem Dachverband vzbv zusammengeschlossen haben, ist die französische Verbraucherschutzlandschaft in mehrere Verbraucherschutzorganisationen unterteilt. 15 klagebefugte Verbraucherschutzorganisationen arbeiten für den Verbraucherschutz. Als Vereine sind sie unabhängig und gemeinnützig anerkannt. Dabei entspringen diese 15 Verbraucherschutzorganisationen drei unterschiedlichen Vereinsbewegungen:

- + der Familienbewegung („mouvement familial“)
- + der Gewerkschaftsbewegung („mouvement syndical“)
- + die Verbraucherbewegung („mouvement consumériste“)

Die Verbraucherschutzorganisationen sind auf nationaler Ebene organisiert und auf lokaler Ebene vertreten. Neben der Verbraucherberatung stehen sie den Verbrauchern bei der außergerichtlichen Streitbeilegung zur Seite. Allerdings sind nur die klagebefugten Verbraucherschutzorganisationen dazu ermächtigt, die Kollektivinteressen der Verbraucher vor Gericht wahrzunehmen.

IV. GERICHTLICHE DURCHSETZUNG VON VERBRAUCHERINTERESSEN DURCH DIE FRANZÖSISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZ-ORGANISATIONEN

Frankreich war lange Vorreiter im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes in der EU und hat am 17. März 2014 mit der „Loi consommation“ auch das Prinzip der Sammelklagen ins französische Recht integriert.

- + Eine wichtige Rolle bei der Wahrung und Durchsetzung kollektiver Verbraucherinteressen vor Gericht spielen die 15 vom französischen Staat klagebefugten Verbraucherschutzeinrichtungen („associations agréées“¹). Ihnen stehen fünf Möglichkeiten zur Verfügung, um die Interessen der Verbraucher gerichtlich durchzusetzen:
- + Das sogenannte Adhäsionsverfahren („action civile“) ermöglicht es, gegen die Verletzung einer strafbewehrten Vorschrift des Verbraucherrechts vorzugehen und im Kollektivinteresse Schadensersatz einzuklagen.
- + Die Unterlassungsklage gegen missbräuchliche Klauseln („action en suppression des clauses abusives“) ermöglicht es, gegen die Verletzung von Vorschriften des Verbraucherschutzes durch missbräuchliche Klauseln vorzugehen und ggf. Schadensersatz einzuklagen.
- + Die Unterlassungsklage gegen rechtswidrige Praktiken („action en cessation des pratiques illicites“) dient der Klage auf Unterlassung einer Verletzung der „Loi consommation“.
- + Die französische Verbandsklage („action en représentation conjointe“) ist eine Art Vorläufermodell der jetzt in Frankreich zur Verfügung stehenden Sammelklage, das 1992 als erstes Verbandsklagemodell in Frankreich eingeführt wurde. Es dient dazu, Verbrauchern Schadensersatz für ihren durch straf- oder zivilrechtliche Verstöße individuell erlittenen Schaden zu gewähren. Aufgrund der hohen Kosten sowie des hohen Arbeitsaufwands bei der individuellen Bearbeitung der Akten für die Verbraucherschutzverbände kam dieses Verfahren aber nur äußerst selten zum Einsatz.
- + Die französische Sammelklage („action de groupe“) als Antwort auf die Initiativen Brüssels, in Europa kollektive Rechtsdurchsetzung in allen Mitgliedstaaten einzuführen, erlaubt es Verbrauchern nun mit Hilfe eines Verbrauchervereins eine Sammelklage zu eröffnen - eine Maßnahme, die in Deutschland zwar diskutiert wird, aber noch keine vergleichbaren Ansätze kennt.

¹ Die Klagebefugnis wird für eine Dauer von 5 Jahren erteilt. Die auf lokaler, Département- und regionaler Ebene angesiedelten Verbraucherschutzorganisationen müssen folgende Merkmale erfüllen: Tätigkeit (die Verbraucherschutzorganisation muss mindestens ein Jahr effektiver und öffentlichkeitswirksamer Tätigkeit zum Schutz der Verbraucher nachweisen), Repräsentativität (die Verbraucherschutzorganisation muss mindestens 10.000 zahlende Mitglieder haben), Unabhängigkeit der Verbraucherschutzorganisationen von jeder unternehmerischer Tätigkeit.

V. FINANZIERUNG

Die Tatsache, dass es in Frankreich viele kleine Verbraucherschutzorganisationen gibt, wird mitunter deswegen kritisiert, da es den Verbraucherschutzorganisationen an ausreichend Mitgliedern und somit auch an Mitgliedsbeiträgen mangelt. Aufgrund ihrer unzureichenden Finanzierung verfügen die Verbraucherschutzorganisationen nicht über flächendeckende Beratungsstellen und sind zudem bei der Verbraucherberatung überwiegend auf ehrenamtliche Mitarbeiter angewiesen. Dies erschwert eine einheitliche Beratungsqualität.

Um die Rechte und Interessen der Verbraucher im Einklang mit den heutigen Marktgegebenheiten wahrzunehmen, müssen die Verbraucherschutzorganisationen ausreichend mit personellen, materiellen und technischen Mitteln ausgestattet sein. Während die drei deutschen Verbraucherschutzinstitutionen nicht nur institutionell gefördert werden, sondern sich zum Teil auch aus Projektmitteln finanzieren, hängt in Frankreich das Ausmaß der staatlichen Finanzierung von der Konstruktion und der Aufgabenwahrnehmung der jeweiligen Verbraucherschutzorganisation ab. Dabei werden zugelassene Verbraucherschutzorganisationen weitaus häufiger staatlich subventioniert als nicht zugelassene. Französische Verbraucherschutzorganisationen finanzieren sich zudem durch Mitgliedsbeiträge, da eine Beratung

meist den Beitritt des betroffenen Verbrauchers voraussetzt. Neben Mitgliedsbeiträgen erzielen einige französische Verbraucherschutzorganisationen durch den Verkauf ihrer Publikationen Erlöse. So wird bspw. neben der vom INC herausgegebenen Zeitschrift „60 millions de consommateurs“ die Zeitschrift „Que choisir“ von der Verbraucherschutzorganisation UFC-Que choisir publiziert.

Seit 2018 betreibt Frankreich eine Differenzierung der Interventionskredite. Die Politik zur Finanzierung der Verbraucherbewegung hat die Zuschüsse nach und nach auf die aktivsten Verbände konzentriert, d. h. auf Strukturen, die eine starke Aktivität im Bereich des Verbraucherschutzes in mehreren Verbrauchersektoren ausüben und über eine starke territoriale Vernetzung verfügen, die es ihnen ermöglicht, insbesondere die schwächsten Zielgruppen in städtischen, vorstädtischen und ländlichen Gebieten zu erreichen.

Trotz des aktuellen wirtschaftlichen Kontexts der Kürzung der öffentlichen Ausgaben wurde der Betrag, der im Haushaltsgesetz für 2022 festgeschriebenen Mittel, stabilisiert, um die Höhe der 2021 an die Verbände vergebenen Subventionen fortzuschreiben. Darüber hinaus wurde ein identischer Betrag in den Haushaltsgesetzentwurf für 2023 aufgenommen.

WEITERFÜHRENDE LINKS

Direction générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes

Ministère de l'Économie, des Finances et de la Souveraineté industrielle et numérique
139, rue de Bercy 75572 Paris Cedex 12
Tél : 01 40 04 04 04
www.economie.gouv.fr/dgccrf

Institut National de la consommation (INC)

76 avenue Pierre-Brossolette
92240 Malakoff
inc-conso.fr

Conseil national de la Consommation

www.economie.gouv.fr/cnc

Commission de la Médiation de la Consommation

www.mediation-conso.fr/index.html

Commission de la sécurité des consommateurs

www.securiteconso.org

Commission des clauses abusives

www.clauses-abusives.fr

Les Centres Techniques Régionaux de la Consommation et les SRA

Union pour la consommation Grand-Est

Chambre de Consommation d'Alsace
7, rue de la Brigade-Alsace-Lorraine BP 6
67064 STRASBOURG CEDEX
Tél : 03 88 15 42 42
Fax : 03 88 15 42 41
E-mail : contact@cca.asso.fr
www.cca.asso.fr

Union des CTCR ALPC

1 rue Paul Gauguin
87000 Limoges
Tél. 05 55 77 42 70
E-mail : ctrc.alpc@outlook.com
www.unionctrcalpc.fr

CTRC Auvergne Rhône-Alpes (UROC)

17, rue Jean Richepin
63000 CLERMONT-FERRAND
Tél/Fax : 04 73 90 58 00
E-mail : u.r.o.c@wanadoo.fr

CTRC Normandie

Maison des Solidarités
51, quai de Juillet
14000 Caen
Tél : 02 31 85 36 12
E-mail : ctrc@consonormandie.net
www.consonormandie.net

Union des CTRC Bourgogne Franche-Comté

2 rue des Corroyeurs
Boîte NN7
21000 DIJON CEDEX
Tél : 03 80 74 42 02
E-mail : contact@ctrc-bourgogne.fr
www.ctrc-bourgogne.fr

8, Rue des Vieilles Perrières
25000 BESANCON
Tél : 03 81 83 46 85
Fax : 03 81 83 46 85
E-mail : ctrc.fc@wanadoo.fr
www.ctrc-fc.fr

MCE CTRC Bretagne

(Maison de la Consommation
& de l'environnement)
48, Bd Magenta
35000 RENNES
Tél : 02 99 30 35 50
Fax : 02 99 35 10 67
www.mce-info.org

CTRC Centre Val-de-Loire

10, allée Jean Amrouche
41000 BLOIS
Tél. : 02 54 43 98 60
E-mail : ctrc.centre@wanadoo.fr
www.ctrc-centre-valdeloire.fr

CTRC PAYS DE LA LOIRE

11, rue de Norvège - 44000 NANTES
Tél. : 02.40.89.15.27
E-mail : ctrc.paysdeloire@wanadoo.fr

CTRC Corse

15, rue Fesch
20000 AJACCIO
Tél.: 04 95 22 24 39
E-mail : ctrc.corse@wanadoo.fr

CTRC HAUTS-DE-FRANCE (UROC)

6 bis, rue Dormagen
59350 Saint-André-Lez-Lille
Tél : 03 20 42 26 60
E-mail : uroc-hautsdefrance@orange.fr
www.uroc-hautsdefrance.fr

CTRC Île de France 6, rue de Chantilly 75009 PARIS

Tél.: 01 42 80 96 97
E-mail : contact@ctrc-idf.asso.fr

CTRC Occitanie

31, allée Léon Foucault - Résidence Galilée
34000 MONTPELLIER
E-mail : contact@ctrc-occitanie.fr
www.ctrc-occitanie.fr

CTRC Provence-Alpes-Côte d'Azur

23, rue du Coq 13001 MARSEILLE
Tél.: 04 91 50 27 94
E-mail : contact@ctrc-paca.org
www.ctrc-paca.org

Les associations de consommateurs agréées

Liste et coordonnées des associations nationales | economie.gouv.fr

ADEIC - ASSOCIATION DE DEFENSE, D'EDUCATION ET D'INFORMATION DU CONSOMMATEUR

27, rue des Tanneries 75013 Paris
Tél : 01 44 53 73 93
Fax : 01 44 53 73 94
E-mail : contact@adeic.fr
www.adeic.fr

AFOC - ASSOCIATION FORCE OUVRIERE CONSOMMATEURS

141, avenue du Maine
75014 Paris
Tél : 01 40 52 85 85
Fax : 01 40 52 85 86
E-mail : afoc@afoc.net
www.afoc.net

ALLDC - ASSOCIATION LEO-LAGRANGE POUR LA DEFENSE DES CONSOMMATEURS

150, rue des Poissonniers
75883 Paris Cedex 18
Tél : 01 53 09 00 00
Fax : 01 56 55 51 82
E-mail : consom@leolagrange.org
www.leolagrange-conso.org

CGL - CONFEDERATION GENERALE DU LOGEMENT

29, rue des Cascades
75020 Paris
Tél : 01 40 54 60 80
Fax : 01 47 66 18 17
E-mail : info@lacgl.fr
www.lacgl.fr

CLCV - CONSOMMATION, LOGEMENT ET CADRE DE VIE

59, boulevard Exelmans
75016 Paris
Tél : 01 56 54 32 10
Fax : 01 43 20 72 02
E-mail : clcv@clcv.org
www.clcv.org

CNAFAL - CONSEIL NATIONAL DES ASSOCIATIONS FAMILIALES LAIQUES

108, avenue Ledru-Rollin
75011 Paris
Tél : 01 47 00 02 40
Fax : 01 47 00 01 86
E-mail : cnafal@cnafal.net
www.cnafal.org

CNAFC - CONFEDERATION NATIONALE DES ASSOCIATIONS FAMILIALES CATHOLIQUES

28, place Saint-Georges
75009 Paris
Tél : 01 48 78 82 74
Fax : 01 48 78 07 35
E-mail : cnafc-conso@afc-france.org
www.afc-france.org

CNL – CONFEDERATION NATIONALE DU LOGEMENT

8, rue Mériel
BP 119
93104 Montreuil Cedex
Tél : 01 48 57 04 64
Fax : 01 48 57 28 16
E-mail : cnl@lacnl.com
www.lacnl.com

CSF - CONFEDERATION SYNDICALE DES FAMILLES

53, rue Riquet
75019 Paris
Tél : 01 44 89 86 80
Fax : 01 40 35 29 52
E-mail : contact@la-csf.org
www.la-csf.org

FF - FAMILLES DE FRANCE

28, place Saint-Georges
75009 Paris
Tél : 01 44 53 45 90
Fax : 01 45 96 07 88
E-mail : conso@familles-de-france.org
www.familles-de-france.org

FR - FAMILLES RURALES

7, cité d'Antin
75009 Paris
Tél : 01 44 91 88 88
Fax : 01 44 91 88 89
E-mail : infos@famillesrurales.org
www.famillesrurales.org

FNAUT - FEDERATION NATIONALE DES ASSOCIATIONS D'USAGERS DES TRANSPORTS

32, rue Raymond-Losserand
75014 Paris
Tél : 01 43 35 02 83
Fax : 01 43 35 14 06
E-mail : contact@fnaut.org
www.fnaut.asso.fr

INDECOSA-CGT - ASSOCIATION POUR L'INFORMATION ET LA DEFENSE DES CONSOMMATEURS SALARIES-CGT

263, rue de Paris
93516 Montreuil Cedex
Tél : 01 48 18 84 26
Fax : 01 48 18 84 82
E-mail : indecosa@cgt.fr
www.indecosa.cgt.fr

UFC-Que Choisir - UNION FEDERALE DES CONSOMMATEURS-QUE CHOISIR

233, boulevard Voltaire
75011 Paris
Tél : 01 43 48 55 48
Fax : 01 43 48 44 35
www.quechoisir.org


UNAF - UNION NATIONALE DES ASSOCIATIONS FAMILIALES


28, place Saint-Georges
75009 Paris
Tél : 01 49 95 36 00
Fax : 01 40 16 12 76
www.unaf.fr



Centre Européen de la Consommation
Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.

Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.

 **Bahnhofplatz 3**
77694 Kehl

 **07851 991 48 0**

 **info@cec-zev.eu**

*Wir sind für Sie telefonisch und vor Ort
erreichbar. Dienstags bis donnerstags
von 9 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr.*

www.cec-zev.eu



Impressum | Herausgeber : Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V. / Bahnhofplatz 3 | 77694 Kehl • Tel.: + 49 (0) 78 51 / 991 480 • Fax: + 49 (0) 78 51 / 99 14 811 • E-Mail: info@cec-zev.eu • Web: www.cec-zev.eu • Stand : März 2023 |
Bildnachweise: © stock.adobe.com | Diese Studie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll einen Überblick über wesentliche Problem- und Themenfelder bieten. Für die Richtigkeit der in dieser Broschüre enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen.

© Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V. | Vereinsregister des Amtsgerichts Freiburg unter VR 370391 • Vorstand: Dr. Martine Mériageou

Gefördert durch: Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz, Région Grand Est, Collectivité européenne d'Alsace, Préfecture de la région Grand Est, Eurométropole de Strasbourg, Ortenaukreis, Große Kreisstädte Achem, Kehl, Lahr, Oberkirch und Offenburg.